

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Den politisch verursachten Abstieg der Automobilindustrie in Thüringen stoppen – Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung sichern

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Automobilindustrie und deren Zulieferer sowie die vor- und nachgelagerten Branchen wie Elektrik und Elektronik, Gummi und Kunststoff, Textil und Maschinenbau stellen mit über 600 Unternehmen und nahezu 80.000 Beschäftigten eine Schlüsselbranche der Industrie in Thüringen dar.
2. Seit dem Jahr 2019 sind in Thüringen die Zahl der Betriebe im Bereich der Automobilbranche um 16 Prozent, die Zahl der Beschäftigten um 21 Prozent und das Umsatzvolumen um 15 Prozent gesunken.
3. Die Branche ist von einer schwerwiegenden Strukturkrise betroffen: Insolvenzwellen, Werkschließungen, Massenentlassungen sowie Produktionsverlagerungen ins Ausland kennzeichnen die Entwicklung. Zahlreiche mittelständische und große Unternehmen gehen in die Pleite, ganze Wertschöpfungsketten sind in Gefahr.
4. Die Ursachen dafür liegen wesentlich in politisch verursachten Rahmenbedingungen wie der einseitigen Förderung der Elektromobilität, der Verteuerung von Energiekosten im Rahmen der sogenannten Energiewende, überbordender Bürokratie, einer im internationalen Vergleich erdrückenden Steuer- und Abgabenlast sowie ideologisch motivierten Zielvorgaben (CO₂-Grenzwerte, sogenannte Klimaneutralität) von der Europäischen Union (EU) sowie Bundes- und Landesregierung.
5. Die zwangsweise Durchsetzung der sogenannten Verkehrswende und die Benachteiligung des Verbrennungsmotors bedrohen nicht nur die industrielle Basis und die technologische Spitzenstellung Deutschlands, sondern führen auch zu Arbeitsplatzverlusten, Fachwissen-Abwanderung und gefährden die soziale Sicherheit Tausender Bürger des Landes.
6. Die Einführung des EU-Verbrenner-Verbots ab dem Jahr 2035, das faktisch nur noch Elektroautos zulässt, setzt die klassische Automobil- und Zulieferindustrie existenziell unter Druck.

7. Eine technologieoffene Forschung und die Weiterentwicklung bewährter Antriebstechnologien, auch der des Verbrennungsmotors, sind essenziell für eine volkswirtschaftlich sinnvolle und sozialverträgliche Mobilität.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Automobil- und Zulieferindustrie in Thüringen sowie zur Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors abzugeben;
2. sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Abkehr von der einseitigen politischen Förderung der Elektromobilität und für eine echte Technologieoffenheit bei Fahrzeugantrieben einzusetzen;
3. sich explizit dafür einzusetzen, dass das EU-Verbrenner-Verbot ab dem Jahr 2035 aufgehoben wird und der Verbrennungsmotor als Antriebstechnologie erhalten bleibt;
4. den Erhalt und die Förderung von Forschung und Entwicklung in Bezug auf Fahrzeugantriebe, auch derjenigen des Verbrennungsmotors, aktiv zu unterstützen;
5. die Nachwuchsgewinnung, Fachkräfteausbildung und die Ausbildungsbetriebe in der Industrie zu erhalten und zu fördern;
6. sich für eine drastische Senkung der Energiepreise im Rahmen einer Abkehr von der verfehlten „Energiewende“ sowie für den Abbau bürokratischer Belastungen und eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Thüringen zu erhalten.

Begründung:

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Automobilbranche für den Freistaat Thüringen ist unbestritten. Der drastische Rückgang von Betrieben, Arbeitsplätzen und Umsatz seit dem Jahr 2019 belegt jedoch, dass ideologisch motivierte politische Weichenstellungen eine existenzielle Bedrohung für diese Kernbranche darstellen.

Die Liste der betroffenen Traditionsbetriebe ist lang und erschütternd: Unternehmen wie MITEC Automotive (Eisenach, Krauthausen), JD Norman, früher Rege Motorenteile (Hörselberg-Hainich, Witzenhausen), Eaton Automotive (Nordhausen), die Autozulieferer Samag (Saalfeld), Eissmann Automotive (Gera), AE Group (Gerstungen), Bohai Trimet (Sömmerda), Sonnplast (Sonneberg) sowie die Autohaus-Staffel-Gruppe mit ihren Standorten in Südthüringen mussten Insolvenz anmelden oder Betriebe schließen. Weitere Werke wie Marelli Automotive Lighting (Brotterode), Vitesco (Mühlhausen) und Lear (Eisenach) haben ihre Produktion eingestellt oder ihre Standorte geschlossen. Neue Hiobsbotschaften wie die drohende Schließung von Neumayer Tekfor (Schmölln) oder starke Arbeitsplatzverluste bei Motherson (Judenbach) setzen sich unvermindert fort.

Diese Entwicklung betrifft Tausende Arbeitnehmer und deren Familien direkt. Wertvolle industrielle Strukturen, gewachsene regionale Verbände und jahrzehntelange Innovationskraft drohen irreversibel verloren zu gehen.

Mit dem von der EU beschlossenen Verbrenner-Aus ab dem Jahr 2035 wird der klassische Automobilbau gezielt durch politische Entscheidungen vernichtet. Diese politische Fehlsteuerung bedroht insbesondere Regionen wie Thüringen, die wirtschaftlich stark vom Automobil- und Maschinenbau abhängig sind.

Gleichzeitig stellt sich immer deutlicher heraus, was Kritiker früh erkannt haben, nämlich dass die einseitige politische Förderung von Elektroautos in Deutschland nicht zu einer erfolgreichen industriellen „Transformation“ führt. Elektromotoren können kostengünstig in großindustriellen Fabriken hergestellt werden, bevorzugt in Niedrigkostenstaaten wie China. Deutschlands Standortvorteil beim Bau des Verbrennungsmotors beruht jedoch auf einer starken ingenieurtechnischen Innovationskraft und einem fein abgestimmten Netzwerk hochspezialisierter mittelständischer Zulieferer. Der politisch erzwungene Wechsel zur Elektromobilität zerstört diese bewährte Struktur, ohne dass Deutschland im neuen System einen vergleichbaren Wettbewerbsvorteil besitzt. Diese Erkenntnis erfordert einen Kurswechsel – besser spät als nie.

Die Lösung des Problems liegt in der Rückkehr zu echter Technologieoffenheit: Weiterentwicklung und Nutzung des Verbrennungsmotors, künftige Sicherung der Energieversorgung durch einen vernünftigen Energiemix inklusive Kernkraft und kostengünstiger Energieimporte sowie Sicherung der deutschen Wertarbeit durch Fokussierung auf die schulische und fachliche Nachwuchsausbildung auf höchstem Niveau.

Nur mit dieser Strategie kann die Wirtschaft in Thüringen ihren industriellen Kern erhalten, Tausende Arbeitsplätze sichern und weiterhin Wertschöpfung vor Ort leisten. Die Landesregierung muss auf allen politischen Ebenen dafür kämpfen, dass der politisch forcierte Niedergang der Automobilindustrie gestoppt wird.

Für die Fraktion:

Muhsal